Rolf A. Schütze

Leserbriefe, die ich nie schrieb

Gedanken zur Pressefreiheit

Böhland&Schremmer

Rolf A. Schütze

Leserbriefe, die ich nie schrieb

Gedanken zur Pressefreiheit

Böhland&Schremmer Verlag

Vorbemerkung 11

I. Politik und Recht

1. Supreme Court 13
2. Gewaltenteilung 15
3. Tabubrüche 16
4. Bei uns darf man alles sagen 17
5. Rechtsberatung 19
6. Wahlalter 20
7. Reservate 21
8. Wenn zwei das Gleiche tun 22
9. Parteiendemokratie 24
10. Die fünfte Kolonne 25
11. Sind die etablierten Parteien verfassungsfeindlich? 26

II. Politik und Kultur

1. Bayreuth 29
2. Ist Luther gescheitert? 31
3. Politische Gesänge 32
4. Der Tod des Pablo Neruda 33
5. Das seltsame Verschwinden »kolonialer Raubkunst« 34
6. Documenta 35
7. Sehnsucht nach Unschuld – Sehnsucht nach Macht 36
8. Nike versus Adidas 37
9. Sport und Politik 38

III. Politik und Wirtschaft

1. Die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank 41
2. Der Mythos des Sisyphos 42
3. Bürokratieabbau 43
4. Don't Cry for me Argentina 44
5. Die deutsche Melkkuh 46

IV. Politik und Gesellschaft

1. Klimaschutz und Sozialismus 49
2. Politischer Journalismus I 51
3. Politischer Journalismus II 52
4. War Grass ein Verbrecher? 53
5. Der politische Ärger mit dem Ehegattensplitting 54
6. Statistische Lügen 55
7. Verbotene Ursachenforschung 56
8. Halbe Wahrheiten sind auch Fake News 58
9. Erinnern und Vergessen 60
10. Die Affäre des Donald Trump 61
11. Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen 62
12. … et respice finem 63

V. Politik und Migration

1. Mauern 65
2. Die Entschuldigung von Hanau 67
3. Wahlhilfe 69
4. Kinderärzte 71
5. Die Festnahme einer deutschen Abgeordneten mit Migrationshintergrund in der Türkei 72
6. Der Patriotismus der Demokraten 73
7. Kirchenasyl 74

VI. Exkurs: Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch den Gebrauch von Euphemismen und Pejorativa in den Medien

1. Das Wort als Waffe 77
2. Gegendemonstration 79
3. Selbstmord 79
4. Kämpfer 80
5. Whistleblower 80
6. Angehöriger einer mobilen ethnischen Minderheit 81

7. Völkerwanderung 81
8. Homeoffice 82
9. Selbstbedienung 82
10. Subkultur 83
11. Crash Kids 83
12. Recht auf Abtreibung 83
13. Morden – töten – hinrichten 84
14. Vergesellschaftung 85
15. Verbraucherschutz 85

Vorbemerkung

Leserbriefe haben eine wichtige Funktion bei der öffentlichen Meinungsbildung. Als Reaktion auf die Veröffentlichung von Sachverhalten und Meinungen in Zeitungen und Zeitschriften kann der Leser seine Zustimmung, Ablehnung oder Ergänzung der Öffentlichkeit kundtun – wenn die Leserbriefveröffentlichung der Redaktion »in den Kram passt«. Ich kenne einen brillanten Juristen, der turnusmäßig Leserbriefe an die angesehenste deutsche Tageszeitung schreibt, die regelmäßig nicht abgedruckt werden, weil sie wohl nicht *politically correct* sind. Das gilt besonders für seine Leserbriefe zur Kriegsberichterstattung aus der Ukraine und Israel. *Mundus vult decipi*[1] lautet der Kampfruf der selektiven Journalisten.

Deshalb habe ich es vermieden, Leserbriefschreiber zu werden. Meine nicht geschriebenen Leserbriefe sind stattdessen nachstehend zusammengefasst. So kann sich keine Leserbriefredaktion als Lektor meiner Gedanken betätigen.

---

[1] Diese lateinische Sentenz geht auf den Spruch *Mundus vult decipi, ergo decipiatur – Die Welt will betrogen sein, darum sei sie betrogen* – zurück, der wiederum auf dem römischen Rechtssatz *Qui vult decipi, decipiatur – Wer betrogen werden will, mag ruhig betrogen werden* – basiert. Die lateinische Version ohne den Nachsatz *ergo decipiatur* – also *Mundus vult decipi* – ist eine Übersetzung aus *Sebastian Brants* NARRENSCHIFF, in dem es im 65. Kapitel, Zeile 68 heißt: »Die weltt die will betrogen syn.«

1. Supreme Court

Sehr geehrte Redaktion,

die Überschrift Ihres Leitartikels vom Freitag – *Supreme Court kippt Abtreibungsfreiheit* – hat mich verstört und verärgert. In der berichteten Entscheidung hat der *Supreme Court* sich weder zur Zulässigkeit der Abtreibung geäußert noch eine Abtreibungsregelung aufgehoben oder bestätigt. Der *Supreme Court* hat lediglich festgestellt, dass die US-amerikanische Verfassung die Abtreibung nicht regelt. So bleiben abtreibungsfreundliche einzelstaatliche Regelungen weiter in Kraft. Fazit: Die Überschrift soll offenbar den Leser emotional beeinflussen.

Im Grunde ruft nicht die Entscheidung des *Supreme Court* das Unbehagen Ihres Redakteurs hervor, sondern das US-amerikanische Rechtssystem. Da eine Verfassungsänderung zwar möglich wäre, durch die Polarisierung der Politik bei Streitfragen wie der Abtreibung es aber nie zu einer ausreichenden Mehrheit für eine Verfassungsänderung käme, möchten die Betreiber einer Verfassungsänderung – wie offenbar auch Ihr Leitartikler –, dass die neun Richter des *Supreme Court* – wie es in ähnlichen Fällen das deutsche Bundesverfassungsgericht tut – die Verfassung durch »Interpretation« ändert. Neun Richter anstelle des Parlaments. Was ist das für ein Demokratieverständnis?!? Die amerikanischen Gesetzgebungsorgane mögen ihre Aufgaben erfüllen und auch Teile der Gesetzgebung nicht auf die Gerichte – und das ist wirklich verfassungswidrig – delegieren.

3. Tabubrüche

Sehr geehrte Redaktion,

heute haben Sie in Ihrem Leitartikel gleich zwei Tabus gebrochen. Dafür danke ich Ihnen.

Primo: Bisher war es eherner Bestandteil der *political correctness* in Deutschland zu verschweigen, dass Migranten Wohnraum benötigen. Jetzt hat Ihr Blatt dargelegt, dass die 400.000 Wohnungen, die jährlich gebaut werden sollen – was ein verwegenes Ziel scheint – gerade ausreichen, um Migrantenfamilien unterzubringen. Dieser Bedarf ist unabhängig von der Zahl der tatsächlichen Asylgewährungen. Da praktisch keine Zuwanderer zurückgeschickt werden und die deutsche wohlwollende Haltung gegenüber unbegleiteten Jugendlichen durch großzügige Zulassung von Familiennachzug zur Vervielfältigung des Wohnbedarfs führt, können wir auf Sicht nicht mit einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt rechnen. Man mag ja der Ansicht sein, dass wir das hinnehmen müssen. Das Problem darf aber nicht totgeschwiegen werden.

Secundo: Steigende Mieten sollen – so die politisch korrekte Sichtweise – das Tun gieriger Vermieter sein. Dabei wird übersehen, dass vor allem die Aufwendungen für die Erfüllung gesetzlicher Auflagen – insbesondere auf dem Gebiet des Klimaschutzes – und das Komfortbedürfnis der Mieter im Hinblick auf sanitäre Anlagen, einen Aufzug, Abstellplätze für Autos und Fahrräder etc. die Mieten steigen lassen. Das sind notwendige Aufwendungen. Aber sie lassen die Mieten steigen.
Danke für Ihre klaren Worte hierzu.

4. Bei uns darf man alles sagen

Sehr geehrte Redaktion,

zu Ihrem Bericht über die Verleihung des Ordens gegen den tierischen Ernst an *Annalena Baerbock*.

Kurz vor der Ordensverleihung hat die deutsche Außenministerin noch einmal bewiesen, wie berechtigt diese Ehrung war. In einer Rede vor dem Europarat erklärte sie, dass »wir« einen Krieg gegen Russland führten. Das war natürlich nicht ernst gemeint und wurde umgehend richtiggestellt für all jene, die darauf vertrauten, dass eine Außenministerin mit ihren Aussagen »ihren« Staat völkerrechtlich binden kann.

Wie dem auch sei, in ihrer Rede anlässlich der Ordensverleihung hob sie hervor, wie schlecht es um die Meinungsfreiheit in autokratischen Staaten bestellt sei, während in Deutschland jeder alles sagen dürfe. Das war wohl auch als Scherzerklärung gemeint. Radikale Minderheiten lassen – mit Duldung des Staates – nicht jeden sagen, was er will. So sagte mir kürzlich ein Buchhändler, bei dem ich einige Bücher von *Leopold Sedar Senghor* bestellen wollte, u.a. *Négritude et humanisme,* er verkaufe Bücher zur *Negritude*[1] nicht mehr, weil die *Negritude* das Wort *Neger* beinhalte und deshalb verpönt sei. Er wolle sich nicht die Schaufensterscheiben einwerfen lassen.

[1] *Négritude* ist die Bezeichnung für eine literarisch-philosophische politische Strömung, die für eine kulturelle Selbstbehauptung aller Menschen Afrikas und ihrer afrikanischen Herkunft eintritt. Im Unterschied zum eher angelsächsisch orientierten Panafrikanismus reflektiert die frankophone *Négritude* den europäischen Diskurs über Afrika.

Übrigens: Es gibt eine Ausnahme vom deutschen Maulkorb: Ausländische Politiker darf man beschimpfen, wenn sie in Deutschland unbeliebt sind. So durfte *Böhmermann* den türkischen Präsidenten *Erdogan* im öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Unzucht mit Tieren zeihen, wofür kein Anzeichen vorlag und was objektiv falsch war. Insoweit hat *Baerbock* recht. Linke Journalisten dürfen über unbeliebte Politiker alles sagen – aber nur die. So hätte das Böhmermann-»Gedicht« etwa über den israelischen Präsidenten sicher zu einem Strafprozess und einen »Rauswurf« Böhmermanns bei Rundfunk und Fernsehen geführt.

Trösten wir uns: *Quod licet Jovi, non licet bovi.*